

## **Zum Thema Kumulieren & Panaschieren:**

### **„Mehr Demokratie wagen!“**

Nach der Kommunalwahl mit ihrer hessenweit niedrigen Wahlbeteiligung kam von mehreren Seiten die Forderung auf, das Wahlsystem sei zu kompliziert und müsse daher wieder geändert werden. Es bleibt zu hoffen, dass dies für die Politik nicht die einzige Erklärung und vor allem Konsequenz aus der in der Tat erschreckenden und seit längerem schon fortschreitend geringen Wahlbeteiligung ist! Vielmehr sollte man sich doch fragen, warum überhaupt so wenig Leute gar nicht erst den Weg zur Wahlurne „gefunden“ haben. Dass es an dem als all zu sehr kompliziert bezeichneten Wahlsystem wohl alleine nicht gelegen haben kann, zeigt die Tatsache, dass zum einen der Großteil der wählenden Bevölkerung gültig gewählt hat, und zum anderen dieser Anteil überwiegend (wieder) älteren Semesters war – also der Altersstruktur entspricht, der man in der

öffentlichen Diskussion stets eine Angst vor Kumulieren & Panaschieren unterstellt. Die Erfahrungen aus den Wahllokalen zeigen zudem, dass der zugegebenermaßen doch größere Anteil ungültiger Stimmen bei dieser Wahl zu einem erheblichen Teil auch von bewusst ungültig gekennzeichneten Stimmzetteln und weniger von unbewussten Fehlern beim Ankreuzen herrührt. Nach meinem Dafürhalten kein Ausdruck von WAHLUnverständnis, sondern vielmehr von POLITIKUnverständnis. Oder anders ausgedrückt: Politikverdrossenheit! Im übrigen fällt es mir als leicht patriotisch angehauchtem Menschen auch ungemein schwer, den Deutschen das Verständnis an einem Wahlsystem abzusprechen, was in europäischen Nachbarländern schon seit geraumer Zeit erfolgreich praktiziert wird.

Die Politik darf sich also nicht hinter Scheindebatten verschanzen, sondern muss sich der zentralen Frage stellen: „Warum gehen die Leute nicht mehr zur Wahl?“ Wer glaubt, diese Frage einfach mit dem Wahlsystem beantworten zu können, irrt. Umfragen beweisen, dass bei vielen Leuten Politikverdrossenheit vorherrscht, weil die Politik nach ihrer Ansicht zu weit entfernt ist und die Einflussmöglichkeiten des Bürgers bzw. des Wählers zu gering sind. Es muss natürlich an vielen Baustellen gearbeitet werden, um dieser Einstellung entgegen zu treten. Aber eine dieser Baustellen können direktere Demokratieelemente der BürgerInnen auf die aktuelle Politik sein. Glaubt man Umfragen, wünschen sich das die BürgerInnen. Wo, wenn nicht vor Ort in den Kommunen, wo die Politik tatsächlich noch sprichwörtlich vor der Tür stattfindet und oftmals mehr der „menschliche“ als der „fachmännische“ Sachverstand gefragt ist, sollte dieser direkte Einfluss stattfinden? Gerade in der Kommune lebt die Politik noch vom persönlichen und direkten Kontakt. Die Leute wissen, an wen sie sich wenden können und die verantwortlichen Politiker lassen sich auch öfters greifen als „weit entfernte“ in der Bundes- oder einer Landeshauptstadt. Anstatt sich also in den klassischen „Hinterstübchen“ zu verschanzen, sollten die Parteien doch die Chance nutzen und sich jetzt erst Recht mittels eines transparenten und mit großer Einflussmöglichkeit versehenen Wahlsystems, auch als Selbstüberprüfung, dem Votum des Wählers stellen. Angesichts der Tatsache, dass sich immer weniger Menschen in Parteien aktiv engagieren vielleicht auch nur folgerichtig – zumindest auf kommunaler Ebene.

Wenn man im übrigen in Betracht zieht, dass zwar über 90% der KandidatInnen ihren ursprünglichen Platz auf der Liste durch Kumulieren & Panaschieren verloren haben, aber noch nicht mal ein Drittel mehr als 5 Plätze bzw. 10 % mehr als 10 Plätze nach vorne oder hinten gerutscht sind, verliert diese (in Teilen ja durchaus berechnete) Befürchtung der Parteien auch wieder an Gewicht. Denn die zukünftige Personalstruktur einer Fraktion lässt sich so, natürlich abhängig vom jeweiligen Wahlergebnis, durchaus bedingt planen. Einzig in den Randbereichen laufen Personen verstärkt Gefahr, in das Parlament rein- oder auch rauszurutschen.

Mit diesem Wissen im Hintergrund können weniger bekannte, aber gewünschte Personen so plaziert werden (dazu zählen in der Regel auch und vor allem jüngere KandidatInnen), dass sie beim Kumulieren & Panaschieren nicht durch das Sieb fallen. Die Partei behält bis zu einem gewissen Grad ihre Autonomie, der Wähler aber ebenfalls. Er kann seinen WunschkandidatInnen zusätzlich Stimmen geben – oder nicht. Und wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung ähnlich bei der Stimmabgabe verhält wie man selbst, erhalten diese KandidatInnen ein Mandat. Oftmals sind dies auch KandidatInnen, die nicht zu den ausgewiesenen „Fachexperten“ gehören, wohl sind es aber die, die in der Bevölkerung anerkannt und dort auch verankert sind. Dies bezeichnet der Volksmund auch als „volksnah“ – eine Eigenschaft, die in der Politik nicht unterschätzt werden sollte. Und wenn nicht, hat es der Wähler mit Nachdruck so gewollt und es gehört zum demokratischen Anstand, dies dann auch zu akzeptieren. Kein anderes Listensystem spiegelt derzeit so sehr den Wählerwillen wider wie das des Kumulierens & Panaschierens.

Die Parteien sollten sich also nicht einzig darauf beschränken, nach einer frustrierenden Kommunalwahl mit einer Wahlbeteiligung, die im übrigen für alle demokratischen Parteien als Niederlage gelten dürfte, Scheindebatten um die wahren Gründe herum zu führen.

Vielmehr sollten sie das Wagnis der Mehrdemokratie eingehen. Denn auch Willy Brandt stellte einst schon fest, man müsse „Mehr Demokratie wagen“. Und das Wagnisse aber auch mit Risiken verbunden sind, ist nicht erst seit Willy Brandt bekannt.